	Antrags-Nr.	
	1056-AT/2022	

Antrag

Herr Harald Lieske
stellv. Vorsitzender der BfE-Stadtratsfraktion

Betreff
Antrag der BfE-Stadtratsfraktion - Verlängerung/Fortsetzung des Fußgängerüberweges über die Alexanderstraße am Schwarzen Brunnen über die Georgenstraße auf der (in südlicher Richtung gesehen) rechten Seite der Wydenbruckstraße

Beratungsfolge	Sitzung	Sitzungstermin	
Stadtrat der Stadt Eisenach	Ö	13.09.2022	
Haupt- und Finanzausschuss	Ö	23.08.2022	

I. Beschlussvorschlag

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, unverzüglich die notwendigen Schritte in die Wege zu leiten, damit der Fußgängerüberweg (FGÜ) über die Alexanderstraße am Schwarzen Brunnen in der Querung der Georgenstraße seine Fortsetzung findet.

II. Begründung

Sowohl die am Schwarzen Brunnen zu beobachtende Nutzung des FGÜ durch Fußgänger als auch die hohe Verkehrsdichte erfordern eine Fortsetzung des FGÜ am Schwarzen Brunnen über die Georgenstraße. Diese Fortsetzung sollte auf der in südliche Richtung gesehen rechten Seite der Wydenbruckstraße erfolgen, sodass der FGÜ über die Alexanderstraße hierdurch gewissermaßen seine Verlängerung erfährt. Der Schwarze Brunnen würde dadurch faktisch zu einer Verkehrsinsel.

Die Erforderlichkeit leitet sich allein schon aus der zahlenmäßig nicht unerheblichen Nutzung durch Schüler des Martin-Luther-Gymnasiums her. Die Aufzählung der Nutzer setzt sich fort mit Touristen, die Richtung Wartburg oder Predigerkirche unterwegs sind bzw. von dort kommen, ferner Bürger aus dem Südviertel, die Apotheke und Ärztehaus aufsuchen sowie die Gäste des B&B Hotels in der Georgenstraße. Jedenfalls gelten die Gründe, warum der bereits existierende Abschnitt des FGÜ angelegt wurde, ganz ebenso für dessen im Antrag angeregte Verlängerung über die andere Seite der „Verkehrsinsel“ Schwarzen Brunnen hinaus, nur dass die Zahl der Nutzer des „oberen“ Abschnittes des FGÜ die des „unteren“ bereits existierenden Abschnittes sogar übertreffen dürfte.

Allerdings befindet sich dieser FGÜ in einer Tempo 30-Zone. Dies schließt aber definitiv FGÜ nicht aus.

In den *Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ 2001)* heißt es zwar „FGÜ in Tempo 30-Zonen sind in der Regel entbehrlich.“ (R-FGÜ, 2.1 (3)) Mit „in der Regel“ bringt der Gesetzesgeber aber zum Ausdruck, dass Ausnahmen möglich sind. Demzufolge können Zebrastreifen mit entsprechender Begründung, z.B. bei wichtigen Fußwegverbindungen, Kindergarten- oder Schulwegen und publikumsintensiven Institutionen, unabhängig von den Einsatzgrenzen eingerichtet werden (R-FGÜ, 2.3).

„Gesicherte Überquerungsstellen (z.B. Fußgängerüberwege) können die Fortbewegung schwächerer Verkehrsteilnehmender unterstützen und sollten nicht generell ausgeschlossen werden, zumal sie von Fahrzeugführern gut erkannt und akzeptiert werden.“ (Zitiert aus: »Hinweise zu Straßenräumen mit besonderem Überquerungsbedarf – Anwendungsmöglichkeiten des "Shared Space" – Gedankens«)

Es sei darauf hingewiesen, dass sich selbst bei Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 30 Stundenkilometer bereits ein Anhalteweg von rund 18 Metern ergibt. Nicht alle Verkehrsteilnehmer halten sich jedoch an diese Beschränkung. Der Anhalteweg verlängert sich bei einer Geschwindigkeit von 40 Stundenkilometer bereits

um 10 Meter auf etwa 28 Meter. Diese langen Anhaltewege können im Einzelfall schlimme Folgen haben.

Zusammenfassend sei zum einen noch einmal daran erinnert, dass sich im fraglichen Bereich bereits ein FGÜ befindet, dieser jedoch abrupt endet, es also letztlich nicht um die Neuanlegung eines FGÜ in einer Tempo 30-Zone geht, sondern um dessen Fortsetzung. Zum zweiten sei erwähnt, dass es die Verwaltung selbst ist, die hier in ferner Zukunft durch die geplante Schaffung eines Shared Space ein besseres Zusammenspiel von Fußgängern und Straßenverkehr erreichen möchte. Die durch die Verlängerung des FGÜ bewirkte Verkehrsberuhigung unterstützt somit diese Planungen und bereitet sie vor.

Herr Harald Lieske
stellv. Vorsitzender der BfE-Stadtratsfraktion